

### **Antrag der PIRATEN und Fraktion DIE LINKE im Beirat Neustadt**

Der Beirat Neustadt möge beschließen:

Der Beirat fordert UBB auf, die im Rahmen der Umgestaltung des Neustädter Bahnhofs vorgesehenen Baumfällungen nicht vorzunehmen und stattdessen den geplante Fahrradweg in ausreichendem Abstand entweder links- oder aber auch rechtsseitig der Bäume vorbeizuführen und außerdem ggf. die jetzt bereits überdimensionierte Breite des geplanten Fahrradweges im Bereich der Bäume einzuschränken.

#### **Begründung:**

Bäumen und insbesondere großkronigen Bäumen, wie die 5 zur Fällung vorgesehenen, kommen in einem größtenteils eng bebauten und von einem hohen Verkehrsaufkommen betroffenen Stadtteil wie der Neustadt, eine besondere Bedeutung für die Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu. Bäume stellen eine wertvolle (stadt)ökologische Ressource dar. Sie produzieren Sauerstoff, binden u.a. Feinstaub, Stickoxide und CO<sub>2</sub>, und wirken damit dem Klimawandel entgegen. Als Schattenspende und natürliche Luftbefeuchter wirken sie positiv auf das Mikroklima ein.

Ganz im Gegensatz zur stadtökologischen Bedeutung von Bäumen, ist die gesamte Planung rund um die Neugestaltung des Neustädter Bahnhofs und der Ausbau der sog. Premiumfahrradroute, von Anfang an von massiven Eingriffen in den wertvollen Baumbestand geprägt. Zuletzt wurden - entgegen der ursprünglichen Planung - 4 große Pappeln gefällt. Laut einer eigenen Studie des **Bauressorts (Klimaanalyse für das Stadtgebiet der Hansestadt Bremen 2013)** gilt allerdings dieser Bereich der Neustadt als stadtklimatisch hoch belastet und dem Bereich wird eine sehr hohe bioklimatische Bedeutung zugeschrieben, in dem der **Stadtbaumbestand gesichert und erweitert werden sollte** (siehe: Allgemeine stadtklimatische Hinweise für Planungsentscheidungen zu Siedlungsräumen S.54).

UBB bzw. SUBV würden mit den vorgesehenen Fällungen wider besseres Wissens zu einer Verschlechterung der stadtklimatischen Bedingungen beitragen und damit die gesundheitliche Beeinträchtigung der BürgerInnen der Neustadt in Kauf nehmen.